

Vorlage-Nr.: **0601-2012/DaDi** vom 12.01.2012
(Referenz-Vorlage: 0507-2011/DaDi)
Aktenzeichen: 031-014
Fachbereich: Fraktion von Die Linke
Herr Fraktionsvorsitzender Walter Busch-Hübenbecker
Beteiligungen:
Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag Haushaltssatzung und
Haushaltsplan 2012/2013, Vorlagennummer: 0507-2011/DaDi vom
14.1.2012
Änderungsantrag Die Linke**

Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird n u r der Entwurf der Haushaltssatzung für des Jahrs 2012 vorgelegt. Der Kreisausschuss und die Verwaltung werden aufgefordert für 2012 einem Haushalt vorzulegen. Nach § 114a Abs. 3 erfolgt die Festsetzung für ein Haushaltsjahr.

Begründung:

Gemäß § 114a HGO, Haushaltssatzung, ist für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen. Gemäß § 114a Abs. 4 ist das Haushaltsjahr das Kalenderjahr.

Die Einbringung eines Doppelhaushaltes ist nach Auffassung der Fraktion die Linke keine Gewährleistung für eine notwendige Stabilität unsere kommunalen Finanzen im Landkreis Darmstadt-Dieburg.

Die Verabschiedung eines Haushaltes ist der höchste demokratische Prozess für unser Kreisparlament. Mit der Verabschiedung eines Doppelhaushaltes soll der Versuch unternommen werden, den Diskurs um einen Nachtragshaushalt zu umgehen. Die wirtschaftlichen Risiken im Rahmen unserer Wirtschafts- und Finanzkrise sind zu groß um einen Doppelhaushalt zu begründen.

Bereits in der Einbringung des Haushaltes 2012/2013 wurde auf die sozialen und damit fiskalischen Risiken hingewiesen, die dadurch entstehen, das das Land Hessen aber auch der Bund immer weniger seinen Verpflichtungen nach kommt, sowohl die Kommunen als auch die Landkreis finanziell so auszustatten, das beschossenen Gesetze im Bund als auch in den Ländern durch die Landkreise und Kommunen bezahlt werden können.

Die Einführung der Schuldenbremse im Bund als auch im Land Hessen verschärfen diese Situation.